



Kleine und mittlere Unternehmen sind das Rückgrat der europäischen Wirtschaft und spielen eine Schlüsselrolle für mehr Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Kommission stellt deshalb die europäische KMU-Politik noch mehr in den Mittelpunkt: Alle Bemühungen richten Sie nach den Bedürfnissen der kleineren Unternehmen und sollen optimale finanzielle und rechtliche Rahmenbedingungen schaffen.

KMU haben mehr als andere Unternehmen mit Überregulierung zu kämpfen; wir sollten deshalb erreichen, die Bürokratiekosten für Unternehmer in Europa um mindestens 25% zu senken. Getreu unserem Grundsatz Think small first sind wir derzeit dabei, sämtliche neuen EU-Rechtsvorschriften daraufhin zu überprüfen, ob sie KMU-freundlich sind; dies hat bereits zur Streichung von mehr als 60 vorgeschlagenen Rechtsakten geführt. In der konkreten Absicht, den KMU das Leben zu erleichtern, wollen wir außerdem 1 400 bestehende Rechtsakte vereinfachen und aufwendige Zollvorschriften und komplizierte Formulare wesentlich einfacher gestalten.

Zweifelsohne braucht die europäische Wirtschaft grundlegende Regeln: da wir aber eine bessere Rechtsetzung anstreben, bemühen wir uns nicht nur darum, die schlechten Vorschriften zu streichen, sondern auch darum, intelligente Rechtsvorschriften, dort wo nötig, für die Zukunft auszuarbeiten. Mit einem unserer Vorschläge wollen wir Unternehmern die Möglichkeit bieten, die Umsatzsteuer für multinationale/grenzüberschreitende Geschäfte online über einen One-stop-shop zu entrichten.

Wir arbeiten nun auch mit den Regierungen der Mitgliedstaaten zusammen und unterstützen sie darin, ihre 2006 auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates gesteckten Ziele zu verwirklichen; so soll es bis 2007 möglich werden, überall in Europa innerhalb einer Woche ein neues Unternehmen über eine einzige Anlaufstelle zu gründen.

Uns ist natürlich bewusst, dass wir hier nur mit dem entsprechenden finanziellen Einsatz etwas bewegen können, deshalb haben wir die KMU-Fördermittel aufgestockt. Bis zum Ende des Haushaltszyklus 2007-2013 wird die Generaldirektion Unternehmen und Industrie der Kommission 60% mehr für KMU-Politik ausgeben als noch 2006; möglich wird dies durch Mittel aus dem CIP, unser neues Programm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation, in Höhe von etwa 3 Mrd. EUR. Auch die Mittel aus den Fonds zur regionalen Entwicklung, von denen in den vergangenen sechs Jahren 21 Mrd. EUR in die KMU-Förderung geflossen sind, werden noch einiges bewirken können, ebenso wie unsere breit angelegten Programme für Forschung und Entwicklung.

Das Ihnen vorliegende Informationsmaterial enthält eine ausführliche Übersicht über die zahlreichen bereits bestehenden Maßnahmen und über die vielfältigen Mittel und Wege zu ihrer Intensivierung und Verbesserung. Wir sind stolz auf unsere Mittelstandsförderung und ich hoffe, dass Sie mir in folgendem Punkt beipflichten können: Die EU ist gut für KMU und KMU sind gut für Europa!

Günter Verheugen,
Vizepräsident und Kommissar für Unternehmen und Industrie

ZUERST AN DIE KMU-DIMENSION DENKEN



© Getty

Bisher sind die 23 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in der EU oft nur in Fußnoten politischer Reden erwähnt worden. Jetzt erhalten sie die Anerkennung, die ihnen als Rückgrat der europäischen Wirtschaft gebührt: Sie sind stetige Quelle von Ideen, Innovation und unternehmerischer Kompetenz, wichtigster Lieferant bestehender Arbeitsplätze und Hauptquelle für neue Beschäftigung. KMU-Themen standen ganz oben auf der Tagesordnung des Frühjahrsgipfels 2006 der Staats- und Regierungschefs der EU, aus dessen Anlass der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, erklärte: „Wir werden vor den Unternehmern den roten Teppich ausrollen, statt ihnen den Weg zu verbarrikadieren.“

Der Gipfel unterstützte ausdrücklich Politiken zur Unterstützung und Beratung von KMU, die sie benötigen um unternehmerischen Probleme der Gegenwart zu bewältigen, und er würdigte unmissverständlich die Tatsache, dass diese Probleme für KMU oft bedeutender als für Großunternehmen sind.

■ „Zuerst an die KMU-dimension denken“

Nachhaltiges Wachstum und Arbeitsplätze werden von Unternehmen, nicht von Politikern geschaffen. Aber damit der von der EU so dringend benötigte dynamische wirtschaftliche Auftrieb von den KMU ausgehen kann, muss die Politik das geeignete wirtschaftliche Umfeld schaffen, in welchem diese Unternehmen florieren können.

In ihrer neuen Partnerschaft für Wachstum und Arbeitsplätze, der neuen Lissabon-Strategie für wirtschaftliche Reform, drängt die Europäische Kommission auf die Einbeziehung des Prinzips „Zuerst an die KMU-Dimension denken“ in alle EU- und einzelstaatlichen Politiken. Dies bedeutet, dass Initiativen vom Standpunkt kleinerer Unternehmen beurteilt werden und dass auf die Bedürfnisse der KMU vorrangig eingegangen wird.

■ Einstellungen verändern

Die Kommission setzt sich tatkräftig dafür ein, eine unternehmensfreundlichere Kultur zu schaffen, die den echten Wert der Unternehmer in Europa anerkennt. Wir müssen Personen ermutigen, über ihre derzeitige Präferenz für einen sicheren Arbeitsplatz hinauszublicken, während wir sicherstellen, dass das Pendel zwischen Risiko und Belohnung zugunsten des Unternehmers ausschlägt.

■ Warum ist die EU wichtig für KMU?

Die Kommission koordiniert und arbeitet zunehmend zusammen mit Behörden der gesamten Union bei der Ermittlung und Umsetzung wirkungsvoller Initiativen mit dem Ziel, die Rahmenbedingungen für die KMU zu verbessern. Spezifische Aspekte der neuen Strategie der Kommission sollen dazu beitragen, dass die verschiedenen Arten von kleinen Unternehmen florieren und erfolgreich sind, gleich ob es sich um Neugründungen, schnell wachsende Unternehmen, traditionelle Familienbetriebe, Handwerksbetriebe oder gewerbetreibende Selbstständige handelt.

Die besonderen Probleme, mit denen KMU konfrontiert sind, werden auf europäischer Ebene untersucht, und geeignete Lösungen für die gesamte Union werden vorgeschlagen, wobei insbesondere Regionen den Erfahrungsaustausch nutzen können. Besonders klar wird dies in der Europäischen Charta für Kleinunternehmen, anhand derer einzelstaatliche Regierungen Fortschritte vergleichen und bewährte Praktiken austauschen können.



Welcher Weg führt zum Binnenmarkt?

Der Binnenmarkt ist der Eckpfeiler der Europäischen Union, und die Kommission ist entschlossen, dafür zu sorgen, dass KMU den größtmöglichen Nutzen aus diesem Marktplatz von derzeit fast einer halben Milliarde Menschen ziehen können. Es werden Anstrengungen unternommen, um kleinen Unternehmen Kenntnisse und Ressourcen bereitzustellen, die sie benötigen, um ihre Reichweite über ihre örtliche Umgebung hinaus zu vergrößern und ihre Waren und Dienstleistungen einfacher zu exportieren und sie bei der Expansion ihrer Betriebe in anderen EU-Ländern zu unterstützen. Auf ähnliche Weise brachte die Einführung der einheitlichen Währung erhebliche Vorteile, sogar für Unternehmen, die außerhalb der Eurozone tätig sind, da sich das Wechselkursrisiko verringerte.

■ Sind KMU wirklich wichtig für die EU?

Zahlreiche Rechtsvorschriften mit wesentlicher Bedeutung für die KMU, wie Maßnahmen im Bereich der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Umweltpolitik, werden auf EU-Ebene stark beeinflusst. Wir müssen sicherstellen, dass diese Rechtsvorschriften entsprechend gestaltet werden – so dass sie für kleine Unternehmen keine zusätzlichen Hürden aufbauen, sondern sie berücksichtigen.

Deshalb richtete die Europäische Kommission die Funktion des KMU-Beauftragten ein, dessen Aufgabe es ist, die Bedürfnisse der KMU auf EU-Ebene besser ins Licht zu rücken. Der KMU-Beauftragte erkundigt sich nach den Anliegen der KMU und ordnet sie ein, und er tritt in der gesamten Kommission als ein „Botschafter“ für kleine Unternehmen auf. Mit dem Ziel, eine KMU-freundliche politische Entwicklung sicherzustellen, durchsucht der Beauftragte das Arbeitsprogramm der Kommission nach Initiativen, die eine besondere Wirkung auf KMU haben könnten. Zehn Maßnahmen wurden ermittelt, die im Jahr 2006 besonderer Aufmerksamkeit bedürfen, einschließlich der Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit, des Verbraucherschutzes, der Entwicklung des Arbeitsrechts und einer Strategie für den Marktzugang.



Warum ist es so wichtig, Verwaltungshürden abzubauen?

Umfragen ergaben zum Beispiel, dass mehr als 10% der Einpersonnenbetriebe Mitarbeiter einstellen würden, wenn der damit verbundene Verwaltungsaufwand geringer wäre. Da diese Unternehmen über die Hälfte aller Unternehmen in der EU darstellen, würde dies umgerechnet 1,5 Millionen neue Arbeitsplätze bedeuten! Die Europäische Kommission will eine 25%ige Verringerung des Bürokratieaufwands der Unternehmen erreichen, in dem sie die EU-Vorschriften strafft und für die Annahme bewährter Praktiken auf nationaler und regionaler Ebene eintritt.



LINKS:

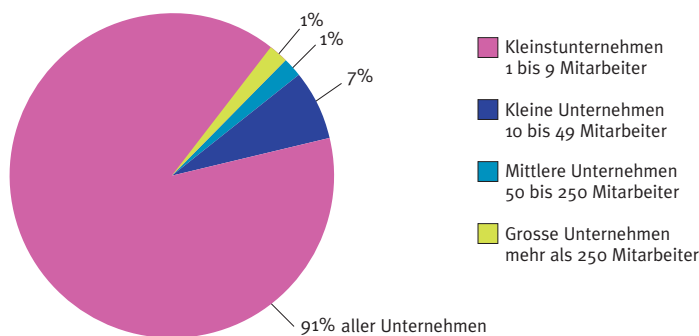
- Politik für Wachstum und Arbeitsplätze:
http://europa.eu.int/growthandjobs/index_de.htm
- Generaldirektion Unternehmen und Industrie:
http://europa.eu.int/comm/enterprise/index_de.htm
- Nachrichtendienst Enterprise Europe:
<http://europa.eu.int/comm/enterprise/library/enterprise-europe/>



■ Was ist ein KMU?

Unter kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) versteht die EU gemäß offizieller Definition Betriebe mit weniger als 250 Mitarbeitern. Ihr Jahresumsatz darf außerdem nicht mehr als 50 Millionen Euro betragen, ihre Bilanzsumme nicht mehr als 43 Millionen Euro. Diese Definition ist wichtig, um festzustellen, welche Unternehmen sich für EU-Programme für KMU und bestimmte Politiken, wie KMU-spezifische Bestimmungen der Wettbewerbspolitik qualifizieren. Tatsächlich sind 99% aller Betriebe in der Europäischen Union kleine und mittlere Unternehmen.

DIE UNTERNEHMEN IN EUROPA VERTEILEN SICH WIE FOLGT:



■ KMU in der europäischen Wirtschaft

KMU haben großen Anteil am Wirtschafts- und Berufsleben in Europa. In der Praxis stellen KMU zwei Drittel aller Arbeitsplätze der Privatwirtschaft in Europa, was bedeutet, dass kleine Unternehmen in Wirklichkeit die eigentlichen Riesen der europäischen Wirtschaft sind.

In der Tat beschäftigt ein Unternehmen in der EU durchschnittlich gerade einmal sieben Personen, obwohl diese Zahl von Land zu Land sehr verschieden ist. Kleinstunternehmen sind die vorherrschende Beschäftigungsform in Ländern wie Italien (48%) und Griechenland (57%), während der Anteil der Großunternehmen an der Gesamtbeschäftigung im Vereinigten Königreich bei über 45% liegt.

Europäische KMU:

- 23 Millionen Unternehmen
- 75 Millionen Arbeitsplätze
- 99% aller europäischen Unternehmen
- stellen in manchen Industriebranchen wie dem Textilsektor, dem Baugewerbe und der Möbelindustrie über 80% der Beschäftigung

Quelle: Eurostat, Mitteilung der Kommission über moderne KMU-Politik für Wachstum und Beschäftigung (2005)



© EK

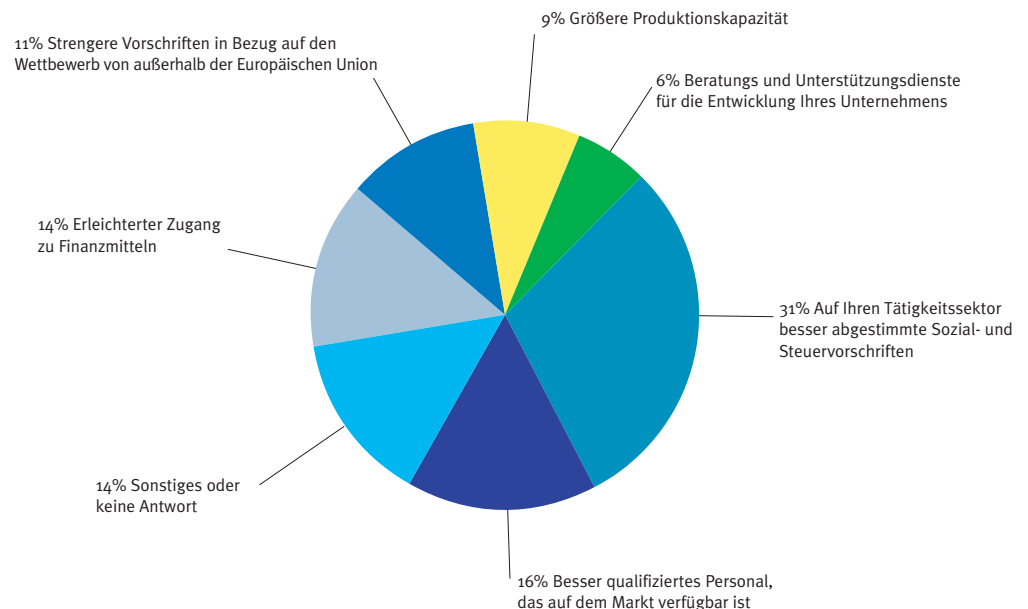
Trotz ihrer herausragenden Bedeutung für die europäische Wirtschaft ist die unternehmerische Initiative für die meisten Europäer nicht die bevorzugte berufliche Wahl. So behaupten 60% der EU-Bürger, dass sie nie mit dem Gedanken gespielt hätten, ein eigenes Unternehmen zu gründen. Eine Herausforderung für die politischen Entscheidungsträger auf europäischer und nationaler Ebene besteht darin, diesen Trend umzukehren.



■ Vor welchen Herausforderungen stehen KMU?

Der Begriff KMU umfasst alle Arten von Unternehmen, von Ein-Mann-Betrieben bis zu Genossenschaften. Während manche KMU sehr traditionelle Dienstleistungen oder handwerkliche Produkte anbieten, sind viele andere schnell wachsende Hightech-Betriebe. Ungeachtet ihrer Unterschiede teilen sich KMU in Europa jedoch viele Herausforderungen.

WIE KÖNNTE DIE ENTWICKLUNG IHRES UNTERNEHMEN AM BESTEN GEWÄHRLEISTET WERDEN?



Quelle: Zugang der KMU zu Finanzierung, Eurobarometer-Erhebung 2005

„Kleinstunternehmen sind die eigentlichen Riesen der europäischen Wirtschaft.“

Die Kommission arbeitet mit den Mitgliedstaaten eng zusammen, um die Rahmenbedingungen, unter denen KMU tätig sind, zu verbessern. Sie bezog den Grundsatz „Zuerst an die KMU-Dimension denken“ in alle politischen Entscheidungsprozesse ein und überprüft die gesamte EU-Gesetzgebung auf ihre KMU-Freundlichkeit.

„99% aller Betriebe sind kleine Unternehmen. Sie stellen ungefähr 75 Millionen Arbeitsplätze.“



Weitere Informationen:

- Für Maßnahmen der Kommission zur Förderung des Unternehmergeists und KMU-Politik:
http://europa.eu.int/comm/enterprise/entrepreneurship/index_de.htm
- Für praktische Informationen über den Betrieb eines Unternehmens in der EU:
<http://ec.europa.eu/youreurope/nav/en/business/home.html>
- Euro-Info-Zentren, die praktische Auskünfte über die EU-Gesetzgebung und unternehmerische Tätigkeit in der EU erteilen:
<http://ec.europa.eu/enterprise/networks/eic/eic.html>

DEN ZUGANG ZUR FINANZIERUNG VERBESSERN



Ein Unternehmen zu gründen oder zu expandieren, kostet Geld. Die richtige Art von Finanzierung zu finden, stellt KMU oft vor größere Schwierigkeiten. Die Kommission entwickelte eine Reihe von Programmen mit dem Ziel, die finanziellen Rahmenbedingungen für KMU zu verbessern.

■ Was unternimmt die EU?

• Finanzierung

Durch die von ihr entwickelten und unterstützten Finanzinstrumente trägt die Kommission dazu bei, dass KMU leichter Bankkredite erhalten, indem sie ihnen Bürgschaften zur Verfügung stellt. Außerdem erleichtert sie Investitionen von Wagniskapital in KMU. Die Finanzinstrumente werden vom Europäischen Investitionsfonds (EIF) im Auftrag der Kommission verwaltet, und die Mittel werden durch Kreditinstitute, wie zum Beispiel Banken, verteilt. 510 Millionen Euro wurden bereits für den Zeitraum 2001-2006 bereitgestellt und über 1 Milliarde Euro wurde zu diesem Zweck als Teil des bevorstehenden Programms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) der Kommission für den Zeitraum 2007 bis 2013 gebunden. www.eif.org

Die Finanzinstrumente sind auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der KMU – Neugründungen sowie bestehende Unternehmen – abgestimmt:

- Die Startkapitalfazilität der Europäischen Technologiefazilität (ETF) investiert in Wagniskapitalfonds, die wiederum innovative und schnell wachsende Unternehmen während der ersten fünf Jahre der Gründungsphase finanzieren.
- Die Bürgschaftfazilität ermutigt Banken zum verstärkten Rückgriff auf Kreditfinanzierungen, einschließlich Mikrokrediten, die KMU durch eine Verringerung des Risikopotenzials zur Verfügung stehen.

Im Zeitraum 2001-2006 stellte die EU den KMU über eine halbe Milliarde Euro zur Verfügung. Bis Ende 2005 wurden diese Mittel von ungefähr 250 000 KMU beansprucht. 92% der begünstigten Unternehmen hatten weniger als 10 Mitarbeiter.

Eine neue Finanzierungsmöglichkeit, Joint European Resources for Micro and Medium Enterprises (kurz „JEREMIE“), wurde mit dem Ziel eingeführt, KMU in weniger entwickelten Regionen zu unterstützen. Dieses gemeinsame Finanzinstrument für kleine und mittlere Unternehmen wird 2007 bereitstehen und KMU Kreditbürgschaften sowie Eigen- und Wagniskapitalfinanzierungen anbieten. Die Finanzmittel werden von Banken und Investmentfonds zur Verfügung gestellt. <http://www.eif.org/jeremie/>

• Politische Entwicklung

Die Kommission bemüht sich gemeinsam mit den einzelstaatlichen Behörden um die Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen für KMU. Durch die Organisation des Austauschs von Erfahrungen und bewährten Praktiken bietet sie den einzelstaatlichen Regierungen Unterstützung an. Die Kommission setzte sich bereits dafür ein, Banken und KMU um einen Tisch zu versammeln, damit sie wichtige Hürden bei der Finanzierung von KMU identifizieren und abbauen.

Skype Technologies nutzte die EU-Frühphasenfinanzierung

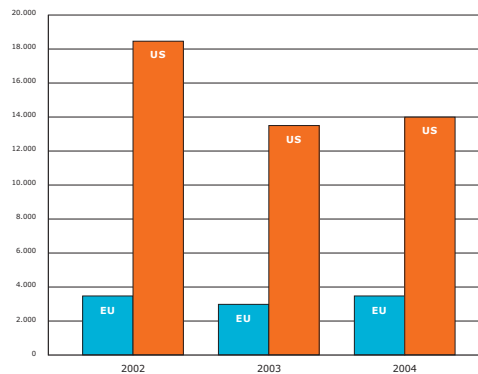
Eines der europäischen Technologieunternehmen, die in der Frühphase durch Gründungskapital zustandekamen und über den Europäischen Investitionsfonds von der Europäischen Kommission finanziell unterstützt wurden, war ein in Luxemburg ansässiger Wagniskapitalfonds, zu dessen Investitionen Skype Technologies gehörte. Dieses neu gegründete Unternehmen, das Voice-Over-IP (VOIP)-Dienste anbietet, wurde vor kurzem von eBay für einen geschätzten Wert von 3,25 Milliarden Euro übernommen.

Wie kann ein KMU eine JEREMIE-Finanzierung erhalten?

JEREMIE befindet sich noch in der Vorbereitungsphase und wird erst 2007 anlaufen. Mitgliedstaaten und Regionen aus der gesamten EU entscheiden, ob sie ihren KMU eine JEREMIE-Finanzierung anbieten wollen. Die Mittel werden KMU durch Banken und Investmentfonds zur Verfügung gestellt. Informationen über die Kriterien für die Vergabe der Mittel an KMU finden Sie unter: <http://www.eif.org/jeremie>

Die Bereitstellung von **Wagniskapital** ist entscheidend für die Gründung und das Wachstum von innovativen KMU. Der europäische Wagniskapitalmarkt ist jedoch nur halb so umfangreich wie der in den USA! Vor allem Investitionen in Technologie sind in Europa geringer als jenseits des Atlantiks. Die Kommission und die Mitgliedstaaten arbeiten gemeinsam an der Entwicklung von Politiken mit dem Ziel, einen integrierten und wettbewerbsfähigen Wagniskapitalmarkt zu schaffen.

TECHNOLOGIEINVESTITIONEN DURCH WAGNISKAPITALFONDS, 2002-2004



Quelle: Money for Growth, The European Technology Investment Report 2004 and 2005, PriceWaterhouseCoopers.

Mikrokredite (weniger als 25000 Euro) sind für die begünstigten KMU von entscheidender Bedeutung, vor allem auch in den neuen Mitgliedstaaten. Jeder als Bürgschaft bereitgestellte Euro setzt 6 Euro an Mikrokrediten frei. Die unzureichende Versorgung mit Mikrokrediten stellt dennoch ein größeres Problem dar, das Unternehmensgründer, die arbeitslos, Frauen oder Angehörige ethnischer Minderheiten sind, besonders betrifft. Die Unterstützung bei der Vergabe von Mikrokrediten ist daher nicht nur eine Frage der unternehmerischen Initiative und des wirtschaftlichen Wachstums, sondern auch der sozialen Eingliederung.

In manchen Mitgliedstaaten erhalten drei Viertel der Unternehmensgründer einen Bankkredit oder zumindest einen Überziehungskredit, während dieses Verhältnis in anderen Mitgliedstaaten bei einem Viertel liegt.

Quelle: Microcredit for small businesses and business creation: bridging a market cap (Mikrokredite für Kleinunternehmen und Unternehmensgründung: Überbrückung einer Marktkapitalisierung), Europäische Kommission



Förderung erfolgreicher Unternehmen

Die Kommission kofinanzierte den in Hamburg ansässigen deutschen Gründungskapitalfonds Dr. Neuhaus Techno Nord, der aussichtsreiche Unternehmen der IT-Branche mit Erfolg unterstützte. Eine seiner Investitionen, ein Unternehmen, das pharmazeutische Produkte im Versandhandel vertreibt, verzeichnet ein schnelles Wachstum und hat bereits 250 Arbeitsplätze geschaffen. Insgesamt haben die Unternehmen im Investmentportfolio von Dr. Neuhaus Techno Nord 340 neue Arbeitsplätze geschaffen. Der Fonds verkaufte bereits vier seiner Investitionen mit Erfolg, wodurch über 3 Millionen Euro für neue Investitionen mobilisiert wurden. Dieser Erfolg der Frühphasenfinanzierung ist besonders beachtlich, da es nur wenige Fonds gibt, die in der Gründungsphase tätig sind.



Unterstützung der Expansion im Ausland

Eines der Unternehmen, das die Kommission durch die KMU-Bürgschaftsfazilität unterstützte, ist Softimus, ein litauisches Unternehmen für Möbeldesign und -produktion. Das sehr schnell wachsende Unternehmen, das 2003 gegründet wurde, expandierte von Litauen nach Lettland, Warschau und London. Während der Gründungsphase wurde jedoch in Form von Cashflow-Problemen die Kehrseite der Medaille sichtbar. Ohne die 50%-Bürgschaft von INVEGA hätte das Unternehmen nicht die Geschäftskapitalfinanzierung einer Geschäftsbank erhalten. Jetzt expandiert das Unternehmen weiter und schuf 12 neue Arbeitsplätze, wodurch sich die Mitarbeiterzahl auf 34 erhöhte.



Weitere Informationen über den Zugang zur Finanzierung:

http://ec.europa.eu/comm/enterprise/entrepreneurship/financing/index_en.htm

Weitere Informationen über Finanzierungsmöglichkeiten:

http://europa.eu.int/comm/enterprise/entrepreneurship/sme_envoy/index.htm

Über die Maßnahmen der Europäischen Investitionsbank zugunsten der KMU:

http://www.eib.org/Attachments/thematic/sme_en.pdf

ERLEICHTERUNGEN FÜR KMU



Die EU unternimmt beispiellose Anstrengungen, um Verwaltungshürden abzubauen und ermutigt nationale Regierungen, das Gleiche zu tun. Durch die Annahme eines neuen, KMU-freundlichen Ansatzes für Rechtsetzung durchforstet die Kommission nun neue EU-Vorschriften systematisch nach ihren Auswirkungen für kleine Unternehmen. Ebenfalls aussortiert werden unbrauchbare und unnötige Vorschriften, die bereits erlassen oder noch in Vorbereitung sind. All dies kann zur Verringerung des Verwaltungsaufwands für KMU beitragen. Der Bürokratieaufwand bedeutet für die KMU eine weitaus größere Belastung als für große Unternehmen – unnötige Bürokratie stellt für kleine Firmen angesichts ihrer begrenzten personellen und finanziellen Mittel eine starke Beanspruchung dar und untergräbt ihre Wettbewerbsfähigkeit.

■ Was unternimmt die EU?

• Weniger und bessere Rechtsetzung

Entsprechend ihrer Vorgabe zu „Besserer Rechtsetzung“ und ihrer Lissabon-Agenda für Wachstum und Arbeitsplätze beabsichtigt die Kommission, den Bürokratieaufwand der Unternehmen in Europa um 25 Prozent zu reduzieren.

Als erste Maßnahme hat die Kommission 60 anhängige Rechtsvorschriften zurückgezogen und sie will in den kommenden drei Jahren 1 400 bestehende Rechtsvorschriften vereinfachen, um insbesondere für KMU Erleichterungen zu bewirken. Ihre erste Priorität lag darin, sich den am stärksten regulierten Sektoren zu widmen, wie Abfallentsorgung, Automobilbranche und Baugewerbe.

Ausführlichere Informationen über „Bessere Rechtsetzung“ finden Sie unter:

http://ec.europa.eu/comm/enterprise/regulation/better_regulation/simplification.htm

„Weniger Bürokratie = mehr Wachstum und Arbeitsplätze“
Günter Verheugen, Vizepräsident und Kommissar für Unternehmen und Industrie.

• Neue Rechtsvorschriften auf Wettbewerbsfähigkeit prüfen

Für die Funktionsweise des Binnenmarkts sind Vorschriften wichtig, aber ein gesundes Regelungsumfeld muss nachhaltiges Wachstum fördern und Unternehmen dabei unterstützen, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Die Kommission hat sich dem Prinzip „Zuerst in KMU-Dimensionen denken“ verpflichtet, um die von ihr entwickelten Rechtsvorschriften zu straffen und Rechtsvorschriften nur dann zu erlassen, wenn es wirklich notwendig ist.

In einer „Reinigungsaktion“ der Kommission werden alle neuen Vorschläge für Rechtsvorschriften einer strengen Überprüfung auf ihre möglichen Auswirkungen für KMU unterzogen. Die Kommission untersucht zudem Bereiche, in denen Alternativen zur Rechtsetzung in Frage kommen, zum Beispiel Selbstregulierung von Branchen und Industrienormen.

Um für Ausgewogenheit zu sorgen, beteiligt sich die Kommission an einem aktiven sozialen Dialog mit den Betroffenen. Sie betreibt umfassende Konsultationen, unlängst mit KMU-Gruppen, die sich aus Unternehmern zusammensetzen und im Netz der Euro-Info-Zentren tätig sind, um den Vorschlag für eine Politik oder eine Rechtsvorschrift von den Betroffenen im Vorfeld erproben und bewerten zu lassen.

Netz der Euro-Info-Zentren: <http://ec.europa.eu/comm/enterprise/networks/eic/eic.html>

- **Weniger Bürokratie bei öffentlichen Ausschreibungen**

Das öffentliche Vergabewesen entspricht nicht weniger als 16% des europäischen BIP, und neue EU-Rechtsvorschriften begünstigen gleiche Wettbewerbsbedingungen, indem öffentliche Vergabeverfahren für kleine Unternehmen besser zugänglich werden. Vor allem Online-Lösungen erleichtern KMU die Bewerbung um eine Geschäftstätigkeit in anderen Ländern.

Weitere Informationen finden Sie auf der Website „Tenders Electronic Daily“:

<http://ted.europa.eu/official/>

- **KMU mit Handlungskompetenzen zur Durchsetzung ihrer Rechte ausstatten**

Wenn ein Unternehmen oder eine Person der Ansicht ist, dass die EU-Gesetze und Binnenmarktvorschriften nicht auf geeignete Weise in die Tat umgesetzt oder von öffentlichen Behörden nicht richtig ausgelegt werden, können sich Unternehmer an SOLVIT, einen Online-Dienst der Kommission, wenden, um eine Lösung zu suchen. Dieser Dienst ist gebührenfrei und die beteiligten Experten versprechen, innerhalb von spätestens zehn Wochen tatsächlich befriedigende Lösungen vorzuschlagen. In jedem Mitgliedstaat der Europäischen Union gibt es ein SOLVIT-Zentrum.

SOLVIT Netz:

http://ec.europa.eu/solvit/site/index_de.htm

Die Kommission unterhält außerdem das „KMU-Feedback“-Programm, das sich mit den Problemen von KMU befasst. Mit Hilfe dieses Systems kann sich ein kleines Unternehmen mit einem Problem direkt an politische Entscheidungsträger wenden.

Interaktive Politik (KMU-Feedback):

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/>



Die Kommission plant die Vereinfachung von 1 400 bestehenden Gesetzen, um insbesondere den Bürokratieaufwand für KMU zu reduzieren.

Die Kommission hält es für möglich, mit Hilfe von nationalen Regierungen den Verwaltungsaufwand um 25% zu verringern.

Auf dem diesjährigen EU-Frühjahrgipfel stimmten die Staats- und Regierungschefs zu, dass es wichtig ist, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für KMU zu verbessern. Hierzu forderten sie ein „einfaches, transparentes und leicht anwendbares“ Regelungsumfeld.

Die Staats- und Regierungschefs stimmten zu, in jedem Land eine einheitliche Anlaufstelle (One-Stop Shop) einzurichten, so dass bis Ende 2007 überall in Europa neue Unternehmen innerhalb einer Woche und mit minimalem Zeit- und Kostenaufwand gegründet werden können.

Die Kommission schlägt neue Rechtsvorschriften vor, um KMU die Möglichkeit einzuräumen, die steuerliche Belastung zu ermitteln, die sie für ihre Branchen in anderen EU-Mitgliedstaaten auf der Grundlage der Vorschriften ihres Herkunftslandes zahlen müssten. Außerdem schlug die Kommission die Einrichtung eines Online One-Stop Shop vor, um KMU die Zahlung der Umsatzsteuer bei grenzüberschreitenden Geschäften zu erleichtern.

„Ich denke, eine Verringerung der Bürokratiekosten der Unternehmer um 25% wäre richtig. Das ist ein ehrgeiziges Ziel, aber es ist nicht unrealistisch.“
Günter Verheugen, Vizepräsident und Kommissar für Unternehmen und Industrie.

UNTERNEHMERISCHE INITIATIVE FÖRDERN



Unternehmer – Personen mit Geschäftssinn, die eine gute Idee oder Innovation in ein erfolgreiches Geschäft umwandeln können – sind der Lebensnerv einer blühenden Wirtschaft. Sie sind zudem der Schlüssel für die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft in den kommenden Jahren.

Einer der Hauptschwerpunkte der EU ist die Förderung junger Leute, die den Drang verspüren, Unternehmer zu werden. Die Kommission arbeitet mit den einzelstaatlichen Regierungen der EU eng zusammen, um dieses Ziel zu erreichen.

*„Unternehmer sind der wirtschaftliche Garant für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation in Europa“,
Günter Verheugen, Vizepräsident und Kommissar für Unternehmen und Industrie.*

■ Was unternimmt die EU?

Es ist sehr wichtig, früh zu beginnen, und die EU arbeitet mit nationalen Regierungen zusammen, um unternehmerische Erziehung zu einem umfassenden Bestandteil des Schullehrplans in allen Stufen der schulischen Bildung zu machen. Durch unternehmerische Erziehung wird nicht nur Jugendlichen Unternehmergeist vermittelt, sondern sie trägt auch dazu bei, Kreativität und Initiativegeist zu stärken. Dies sind Kernkompetenzen für erfolgreiche Unternehmer und für jede wichtige Fähigkeiten für das Leben.

Unternehmerische Erziehung kann auch Teil von Berufsbildungsprogrammen sein und parallel zur Vermittlung handwerklicher Fähigkeiten wie Installateur- oder Bauarbeiten erfolgen.

Auf Hochschulebene sollten Wissenschaftlern oder Forschern mit bahnbrechenden Entdeckungen indes die Fähigkeiten gegeben werden, ihre Entwicklung unternehmerisch zu verwerten.

Auch andere Einstellungen zum Unternehmertum sind anpassungsbedürftig. So sind zum Beispiel weitaus weniger Frauen als Männer in der EU unternehmerisch tätig. Die Kommission bemüht sich zusammen mit den einzelstaatlichen Behörden um die Verbreitung guter Beispiele für Maßnahmen zur Unterstützung von Unternehmerinnen:

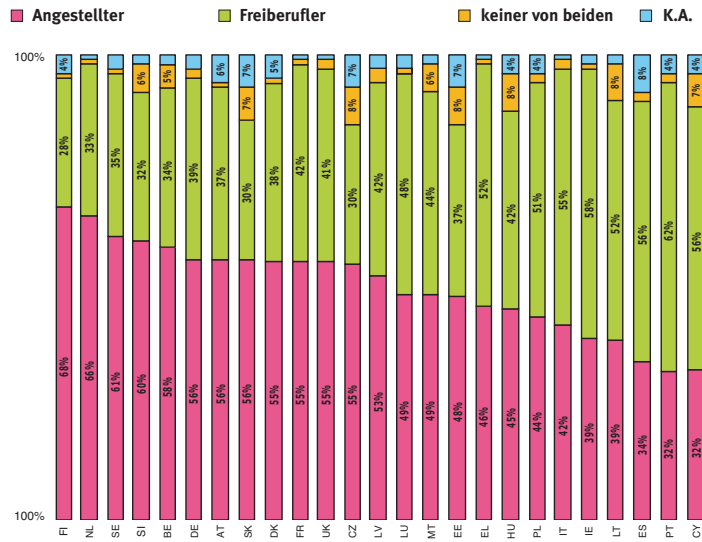
<http://ec.europa.eu/comm/enterprise/entrepreneurship/craft/craft-women/women-dgentr-activities.htm>

■ Mehr unternehmerische Einstellungen erzeugen

Es steht fest, dass Europa mehr Unternehmer braucht, aber anders als in den Vereinigten Staaten ist eine derartige berufliche Orientierung für den Durchschnittseuropäer selten die erste Wahl. Umfragen zufolge befassten sich 60% der EU-Bürger nie mit dem Gedanken, ein Unternehmen zu gründen und 50% stimmen zu, dass man kein Geschäft aufbauen sollte, wenn dies mit dem Risiko des Scheiterns verbunden ist. In den USA beträgt dieser Anteil dagegen 33%.

Die Kommission ist überzeugt davon, dass sich diese Haltung verändern muss. Wir müssen mehr unternehmerfreundliche Einstellungen erzeugen, indem wir Unternehmer als Rollenmodelle fördern, ihre Erfolge feiern und die Angst vor dem Scheitern verringern. Außerdem müssen wir dafür sorgen, dass Risiko und Belohnung in angemessenem Verhältnis zueinander stehen, so dass unternehmerische Initiative eine attraktive Laufbahnentscheidung sein wird.

ANGENOMMEN, SIE KÖNNTEN ZWISCHEN VERSCHIEDENEN ARTEN VON ARBEITSPLÄTZEN WÄHLEN, WELCHEN WÜRDEN SIE VORZIEHEN (JAHR 2004)?



Quelle: Eurobarometer über unternehmerische Einstellungen, 2004



Ermutigen und belohnen

Der europäische Unternehmerpreis wurde 2005 ins Leben gerufen, um lokale und regionale Gebietskörperschaften zu belohnen, deren Maßnahmen zur Förderung unternehmerischer Tätigkeit und des Wirtschaftslebens ihrer Region als beste in Europa betrachtet werden.

www.european-enterprise-awards.org

■ Mini-Unternehmen mit maximaler Wirkung

Die EU fördert Mini-Unternehmen, die von Schülern im Sekundarbereich betrieben werden, als praktischen Weg, um Jugendliche in die Geschäftswelt einzuführen. Umfragen ergeben, dass ungefähr 20% der an diesen Programmen teilnehmenden Schüler später ein eigenes Unternehmen gründeten.

Ungefähr 20% der in Sekundarschulen an Programmen für Mini-Unternehmen teilnehmenden Schüler gründeten später ein eigenes Unternehmen.



Das Mini-Unternehmen „R@“, von Schülern der Sekundarstufe II eines kleinen Orts in Estland gegründet, produzierte eine mit Stoff überzogene Computermaus, mit der ein beachtlicher Markterfolg erzielt wurde.

In den Dörfern im südlichen Estland ist die Arbeitslosenquote hoch und Unternehmergeist nicht weit verbreitet, aber die Schüler dieser Gruppe beweisen, dass sie ein neues Denkmuster verwirklicht haben und unternehmerische Initiative nun als wichtige Option in ihrem Leben erkennen.

Wie kann ich in meiner Schule ein Mini-Unternehmen gründen? Siehe:

http://europa.eu.int/comm/enterprise/entrepreneurship/support_measures/training_education/doc/mini_companies_de.pdf

Hier finden Sie ein Video über die Erfahrungen von Schülern mit Mini-Unternehmen:

http://europa.eu.int/comm/enterprise/entrepreneurship/support_measures/training_education/index.htm

Das Risiko des Scheiterns akzeptieren

Ein Unternehmen zu gründen, ist ein Risiko. Die EU möchte die Risikübernahme fördern, indem sie Unternehmer bei der Bewältigung der von ihnen übernommenen Risiken unterstützt und ihnen nach einem Scheitern die Möglichkeit für einen Neuanfang einräumt. Einerseits bemüht sich die EU, den Strafcharakter des Konkursrechts in Fällen, in denen kein Betrug vorliegt, zu verringern. Andererseits fördert sie Instrumente und Dienste, die Unternehmer warnen können, wenn ihre Finanzlage allmählich unübersichtlich wird. Weitere Informationen:

http://ec.europa.eu/comm/enterprise/entrepreneurship/support_measures/failure_bankruptcy/index.htm





Ein der größten Erfolge der EU war die Schaffung eines großen Binnenmarktes mit 450 Millionen Verbrauchern. Er bietet KMU enorme Wachstumschancen und durch die jüngste Erweiterung haben sich die Geschäftsmöglichkeiten für KMU in der EU-15 und den neuen Mitgliedstaaten vervielfacht. **Aber schöpfen die KMU diese Möglichkeiten voll aus?** Obwohl es den Binnenmarkt seit über 10 Jahren gibt und grenzüberschreitende Geschäftstätigkeit nur wenige Kilometer vom Standort vieler kleiner Unternehmen entfernt beginnt, sind die meisten KMU noch immer ausschließlich in ihrem Heimatland tätig. Sprachliche Hürden, bestehende gesetzgeberische und ordnungsrechtliche Unterschiede, ungeeigneter Zugang zu Finanzmitteln und mangelnde Kenntnis anderer Märkte sind nach Angaben der Unternehmer die Hauptgründe dafür, dass so viele Unternehmen ihr Auslandsgeschäft nicht erweitern.

Ein Teil des Problems für KMU ist die Information – zu wissen, welche Möglichkeiten im Ausland bestehen und wie jenseits der Grenzen gearbeitet wird. Sie brauchen Unterstützung und Beratung, um so viel wie möglich aus dem Binnenmarkt herauszuholen und die Kommission hat Maßnahmen ergriffen, um genau das zu tun.

■ Was unternimmt die EU?

• Suche geeigneter Geschäftspartner

Die Kommission unterstützt KMU bei der Suche geeigneter Geschäftspartner in anderen Ländern und organisiert Veranstaltungen als Treffpunkte für Unternehmen. Ein umfassendes Netz von Euro-Info-Zentren (EIC) wurde von der Kommission aufgebaut, um europäische KMU, die ihre Geschäftstätigkeit auf andere Länder ausdehnen wollen, zu unterstützen und zu beraten. Ungefähr 300 Zentren wurden in 48 Ländern errichtet und in der Zukunft werden sie enger mit den Innovation Relay Centres (IRC – EU-Verbindungsbüros für Forschung und Technologie) verbunden sein. Diese Zentren liefern genaue Marktinformationen über Möglichkeiten sowohl in der EU als auch auf anderen entfernteren Märkten. Sie können KMU unterstützen in Bereichen wie dem öffentlichen Auftragswesen, der Finanzierung und des europäischen Rechtsvorschriften. Selbstverständlich wird auch Beratung über die Möglichkeit durch Förderprogramme der Kommission und andere EU-bezogene Themen angeboten. 2004 beantworteten die EIC mehr als 310 000 Ersuchen um Auskünfte, Beratung und Unterstützung.

Kann ein EIC bei der Suche eines Handelspartners im Ausland behilflich sein und welches EIC sollte dazu kontaktiert werden?

Ja, dies ist eine der Aufgaben der EIC. Die EIC betreiben eine Datenbank für Unternehmenskooperation mit mehr als 3000 Unternehmensprofilen. KMU sollten sich an ihr EIC vor Ort wenden, das daraufhin mit EIC in anderen Ländern Verbindung aufnehmen wird. <http://ec.europa.eu/enterprise/networks/eic/eic.html>

• Technologieunternehmen

Im Bereich der fortgeschrittenen Technologie tätige Unternehmen können sich an die das Innovation Relay Centre-Netz wenden, um Unterstützung bei der Suche nach Partnern in ganz Europa zu erhalten. 71 IRC wurden in 33 Ländern eingerichtet; sie bieten ein breites Spektrum von Diensten für Unternehmen, einschließlich der Herstellung von Kontakten zwischen Unternehmen und ihrer Begleitung bei Vertragsverhandlungen.

In den vergangenen fünf Jahren halfen die IRC bei über 12 500 Verhandlungen über Technologietransfers. Sie unterstützten mehr als 55 000 Unternehmen bei der Bewältigung ihres Technologiebedarfs und der Verwertung ihrer Forschungsergebnisse.

<http://www.innovationrelay.net>

• Information über Geschäftstätigkeit in anderen Ländern

Die Kommission richtete außerdem Datenbanken ein, um Informationen für Unternehmen anzubieten, die an einer Expansion in andere EU-Länder interessiert sind. Der Unternehmen betreffende Teil des Portals „Ihr Europa“ bietet praktische Informationen über die Rechte und Pflichten von Unternehmern beim Betrieb von Unternehmen in anderen EU-Ländern.

Beratung wird unter anderem zu folgenden Themen angeboten:

- Bewerbung um öffentliche Aufträge
- Erweiterung der Geschäftstätigkeit auf andere EU-Länder
- Zertifizierung von Produkten.

<http://ec.europa.eu/youreurope/nav/en/business/home.html>

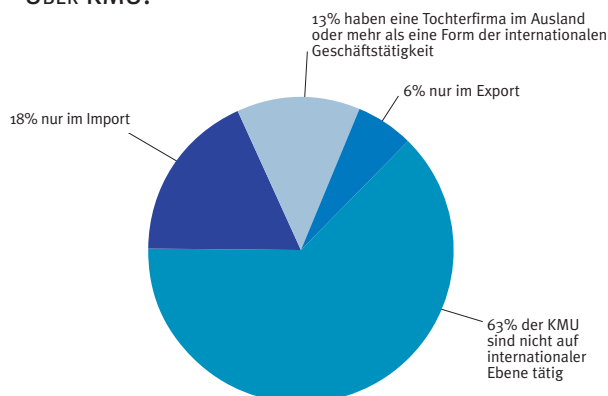
Wollen Sie die für Ausfuhren in Länder außerhalb der EU geltenden Abgaben und Steuern in Erfahrung bringen?

Die von der Kommission eingerichtete Datenbank „Marktzugang“ liefert die Antwort. Sie bietet Informationen über:

- die Bedingungen für die Ausfuhr und die Investition in Länder außerhalb der EU und die dort geltenden Abgaben und Steuern
- die Einfuhrverfahren und –dokumente, die für die Einfuhr eines besonderen Produkts benötigt werden.

Die Datenbank „Marktzugang“ findet man unter: <http://mkaccdb.eu.int/mkacbdb2/indexPubli.htm>

ÜBER KMU:



Quelle: ENSR Erhebung zu Unternehmen, 2003, angeführt von der KMU-Beobachtungsstelle 2003

Ein typisches international tätiges KMU

- ist in einem kleinen Land mit kleinem Inlandsmarkt angesiedelt
- ist eher ein mittleres als ein kleines Unternehmen
- ist wettbewerbsfähiger – die internationale Ausrichtung vergrößert die Wettbewerbsfähigkeit

• Über die Grenzen von Europa hinaus

Die Kommission unterstützt außerdem Unternehmen beim Zugang zu Märkten außerhalb der Europäischen Union. Dies ist ein wichtiger Bestandteil der EU-Außenhandelspolitik. Ein gutes Beispiel ist das Programm „Gateway nach Japan“, das europäische KMU unterstützt, ihre Produkte und Dienstleistungen in Japan zu vermarkten. www.gatewaytojapan.org

Das AL-Invest-Programm finanziert Begegnungen von Unternehmen in Europa und Lateinamerika zur Anbahnung von Geschäftskontakten.

http://europa.eu.int/comm/europeaid/projects/al-invest/index_en.htm

Unterdessen unterstützt die Asia-Invest-Initiative die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen aus Europa und Asien.

<http://europa.eu.int/comm/europeaid/projects/asia-invest/html2002/main.htm>

Ein italienisches Unternehmen, das Wein und Speiseöl nach Österreich exportieren wollte, bat das EIC in Florenz, eine Veranstaltung zu organisieren, um die Firma dem österreichischen Markt vorzustellen. Dies war eine von vielen Anfragen, so dass das EIC in Wien einen Workshop veranstaltete. Mehr als 30 österreichische Unternehmen und 13 italienische Firmen nahmen an der Veranstaltung teil, auch das Wein- und Speiseölunternehmen. Das EIC half dem italienischen Unternehmen außerdem bei der Bereitstellung von Informationen über Gepflogenheiten und steuerliche Verpflichtungen, Vertragsangelegenheiten usw. Im Ergebnis verkaufte das italienische Unternehmen seine Produkte zum ersten Mal in Österreich und schloss einen jährlich erneuerbaren Vertrag ab.

Ardèche Marrons ist ein kleines französisches Unternehmen, das eine breite Palette von Kastanienprodukten herstellt. „Vor unserer ersten Teilnahme [am EU-Gateway zum Japan-Programm] im Jahr 2000 hatten wir keine Ahnung vom japanischen Markt. Aber durch diese Handelsreise im Bereich Lebensmittel und Getränke konnten wir unsere Produkte bei japanischen Verbrauchern testen. Die ersten Ergebnisse waren ermutigend, so dass wir erneut teilnahmen. Unsere Aufträge erreichten jetzt einen Umsatzanteil von 5%, dank der Schirmherrschaft des EU-Gateway nach Japan“, sagte Michel Clair von Ardèche Marrons.



Weitere Informationen über die europäische Handelspolitik:

<http://ec.europa.eu/comm/trade/>

UNTERSTÜTZUNG FÜR FORSCHUNG & INNOVATION



Innovation ist heute mehr denn je entscheidend für die Existenzfähigkeit und den Erfolg eines Unternehmens. Die Märkte verändern sich schneller und der Wettbewerb durch aufstrebende Fertigungsländer wie China und Indien nimmt zu.

Forschung und Entwicklung durchzuführen, die notwendig ist, um innovative Ideen zu verwirklichen, fällt KMU oft viel schwerer als Großunternehmen. Häufig fehlt ihnen das finanzielle Polster und das innerbetriebliche Fachwissen. Der Zugang zu Finanzierungsprogrammen ist ebenfalls mühsam für KMU, wenn die Verfahren zu schwerfällig und langwierig sind.

Eine großartige Idee ist wenig wert, solange daraus noch kein konkretes Produkt oder eine konkrete Dienstleistung geworden ist, aber noch schwieriger ist es für KMU zu erfahren, wo sie einen kompetenten Geschäftspartner finden, der sie bei der Entwicklung ihrer Ideen unterstützt. Dennoch sind gerade kleinere Unternehmen am innovativsten und sie haben die besten Aussichten, ein Produkt oder eine Dienstleistung auf den Markt zu bringen, wodurch ein neuer Markt entwickelt und Arbeitsplätze geschaffen werden können.

■ Was unternimmt die EU?

Ein hohes Niveau der Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E) und technologische Innovation ist für die Schaffung von Wachstum und neuen Arbeitsplätzen notwendig. Die europäischen Staats- und Regierungschefs setzten sich 2002 zum Ziel, die Forschungsinvestitionen in der EU bis 2010 von 1,9% auf 3% des BIP zu erhöhen.

Um Europa einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen, stellt die EU Fördermittel für F&E-Projekte bereit. Die Bedeutung der KMU im Innovationsprozess wird voll anerkannt und ein bedeutender Teil der EU-Fördermittel geht an kleine Unternehmen. Von 2002-2006 wurden KMU aus dem laufenden Sechsten Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung mit 2,3 Milliarden Euro unterstützt.

„Europa und seine Bürger sollten erkennen, dass ihr Lebensstandard bedroht ist, dass aber der Weg zum Wohlstand durch Forschung und Innovation frei ist, wenn die europäischen Staats- und Regierungschefs umfassend die Initiative greifen, bevor es zu spät ist.“

Quelle: „Ein innovatives Europa schaffen“ – Bericht der unabhängigen Sachverständigengruppe für F&E und Innovation unter der Leitung von Herrn Aho, Januar 2006.

Sogar wenn KMU keine Forschungsfazilitäten haben, können sie Fördermittel erhalten. Ungefähr 470 Millionen Euro davon erhielten Forschungsinstitute für Forschungs- und Entwicklungsaufträge von KMU oder Gruppen von KMU, die zusammenarbeiten.

Im Zeitraum 2007-2013 wird die EU einen ähnlichen Anteil ihres Budgets für Projekte mit KMU-Beteiligung durch das bevorstehende Siebte Rahmenprogramm zur Verfügung stellen.

Darüber hinaus soll 2007 ein neues Programm anlaufen, um Investitionen in Innovationstätigkeiten, insbesondere für KMU, zu unterstützen. Es zielt außerdem darauf ab, den Zugang zu Finanzierungen zu verbessern, umweltfreundliche Innovationen zu fördern und die Finanzierung von Diensten zur Unterstützung der Unternehmen in der EU fortzusetzen. Dieses Programm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation wird mit einem Budget von ungefähr 3,28 Milliarden Euro im Zeitraum 2007-2013 ausgestattet sein.

Europa gibt einen weitaus geringeren Teil seines Vermögens für F&E (1,93% des BIP in der EU 2003) als die USA (2,59%) und Japan (3,15%) aus. Und China steht im Begriff, die Forschungsintensität der EU bis 2010 zu erreichen.

Quelle: Europäische Kommission, Generaldirektion Forschung

• Einfachere Antragstellung

Das bisherige Antragsverfahren für den Erhalt einer Forschungsförderung war umständlich und zeitintensiv. Die Kommission vereinfacht zurzeit die Verfahren für den Zugang zu Fördermitteln, indem sie zum Beispiel weniger komplizierte Bewertungs- und Auswahlverfahren einführt und Online-Antragsformulare bereitstellt. Außerdem wird ein Beratungsgutschein ausgestellt, den KMU einlösen können, um die Durchführbarkeit ihrer innovativen Ideen zu erproben, bevor sie sich um eine EU-Finanzierung bewerben.

• Möglichkeiten entdecken

Die Kommission startete die INNOVA-Initiative, um politische Entscheidungsträger, Unternehmensleiter, Investoren, Hochschulen und Forschungsinstitute zu versammeln, damit sie erfolgreiche Lösungen im Innovationsbereich austauschen und Informationen über Innovationsleistungen in zehn Industriesektoren verbreiten können. Hierzu gehören zum Beispiel die Textil-, Automobil- und die Lebensmittel- und Getränkeindustrie. Die Initiative versucht, Innovationshindernisse zu erkennen und gemeinsam nach Wegen zu suchen, um sie zu überwinden. Über 800 Innovationsfachleute aus 23 Mitgliedstaaten sind in den sektoralen Netzen und Projekten beteiligt, die entwickelt wurden.

<http://www.europe-innova.org/index.jsp>



Drivesafe – Ein innovatives 3-D-System zur Beobachtung der Augenbewegungen

Ein EU-finanziertes Forschungsprojekt brachte Teilnehmer großer und kleiner Firmen zusammen, um ein neues Gerät – Drivesafe – gemeinsam zu entwickeln, zu testen, herzustellen und zu vermarkten. Drivesafe erhöht die Sicherheit beim Fahren und ermöglicht auch eine effizientere Webseiten-Optimierung. Es beruht auf der Beobachtung der Augenbewegungen des Fahrers oder des Computernutzers. Während dieses Projekt letztlich für EU-Bürger gedacht ist, die Auto fahren, im Flugzeug reisen oder das Internet für Buchungen von Eintrittskarten oder Reisen nutzen, wird auch die europäische Multimediaindustrie von der Technologie von Drivesafe profitieren, um die Effizienz und Nützlichkeit von Websites zu analysieren. Die Hälfte der Gesamtkosten von Drivesafe in Höhe von 2 Milliarden Euro wurde von der EU finanziert.

<http://www.drivesafe.eu.com/index.php>

Wie bewirbt man sich um eine EU-Forschungsförderung?

Hierzu gibt es eine spezielle Website für KMU unter <http://cordis.europa.eu/sme>, auf der das gesamte Verfahren erläutert wird. Dort wird auch eine KMU-Helpline angeboten. Nationale KMU-Kontaktstellen in jedem EU-Mitgliedstaat und assoziiertem Staat sind auf die besonderen Anforderungen von KMU zugeschnitten (siehe Kontaktangaben unten).



KMU arbeiten gemeinsam an der Entwicklung neuer Textilien

Ein EU-finanziertes Forschungsprojekt zielt darauf ab, neue Hybridtextilien für den Einsatz in moderner Schutzkleidung und intelligenten Textilien in Medizin, Raumfahrt und Kfz-Bau zu entwickeln. Moderne Werkstoffe können eine strategische Antwort darstellen angesichts der Bedrohung des traditionellen Textilsektors durch den globalen Wettbewerb. Das Avalon-Projekt versammelt 29 europäische Partner, von denen 20 KMU sind. Das Projektbudget von 12,4 Millionen Euro beinhaltet eine EU-Finanzierung von 7,4 Millionen Euro. „Es besteht eine große Kluft zwischen der Grundlagenforschung und dem industriellen Bedarf der KMU in der Textilbranche“, sagt Alessandra Monero, technische Koordinatorin von Avalon. „Integrierte Forschungsprojekte für KMU sind ein gutes Mittel, um diese beiden Seiten der Gleichung zu vereinen, was die hohe Zahl der KMU-Partner von Avalon und ihr großes Interesse an den Möglichkeiten des Technologietransfers belegt.“

<http://www.avalon-eu.org/>



Links für weitere Informationen:

- F&E-Finanzierung für KMU durch RP6: <http://cordis.europa.eu/sme>
- Aufbau des RP7: <http://cordis.europa.eu/fp7/>
- Nationale KMU-Kontaktstellen für F&E: <http://sme.cordis.lu/assistance/NCPs.cfm>
- Programme pour la compétitivité et l'innovation (PCI):
http://ec.europa.eu/enterprise/enterprise_policy/cip/index_de.htm
- Gate2Growth (paneuropäischer Zugang für Unternehmen und Innovation):
http://www.gate2growth.com/g2g/g2g_welcome.asp
- Europe-INNOVA: <http://www.europe-innova.org/index.jsp>

EINEN FAIREN WETTBEWERB SICHERSTELLEN



Ein wettbewerbsfähiger und offener Binnenmarkt ist die beste Garantie für europäische KMU, die um eine Verbesserung ihrer Effizienz und ihres Innovationspotenzials bemüht sind. Die EU führte daher eine strenge Wettbewerbspolitik ein, die KMU vor unlauteren Praktiken anderer Wirtschaftsteilnehmer in Schutz nimmt.

Ohne ihre strikte Verpflichtung zum freien Wettbewerb in Europa lockern zu wollen, bringt die Kommission ihre Vorschriften auf den neuesten Stand, um nationale und regionale Regierungen zu veranlassen, öffentliche Subventionen nicht mehr durch kontroverse und wettbewerbsverzerrende Zahlungen auf nationale Champions zu konzentrieren, sondern stattdessen auf Maßnahmen, die wirklich zur Förderung von Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen.

Da das größte Potenzial für neue Arbeitsplätze und Wachstum in den KMU in Europa liegt, wird dieser Ansatz vor allem kleinen Unternehmen zugute kommen.

■ Was unternimmt die EU?

• Schutz vor dem Missbrauch einer beherrschenden Stellung

Ein besonderer Schwerpunktbereich ist der Missbrauch einer beherrschenden Stellung. Wenn große Unternehmen ihre Marktmacht dazu nutzen, kleinere Wettbewerber zu verdrängen, stellt dies eine wettbewerbsfeindliche Praxis dar, die nach dem EU-Recht verboten ist. Diesbezügliche Beschwerden kleinerer Unternehmen werden daher von der Kommission entsprechend berücksichtigt.

Fusionen, die eine beherrschende Stellung erzeugen oder ausbauen, sind ebenfalls verboten, um dadurch bedingtem Missbrauch vorzubeugen. Zusammenschlüsse von Unternehmen mit KMU-Beteiligung werden in der Regel nicht von der EU kontrolliert, weil sie in den meisten Fällen keine europäische Dimension aufweisen.

• Preisabsprachen verhindern

Vereinbarungen zwischen großen Unternehmen können manchmal ebenfalls den Wettbewerb beeinträchtigen, was zu Lasten kleinerer Unternehmen geschieht. Das gängigste Beispiel ist das einer Preisabsprache oder eines Kartells, bei dem die Unternehmen das Preisniveau gemeinsam festlegen, so dass kleinere Kunden Preisvorteile durch den Wettbewerb zwischen den Anbietern nicht nutzen können.

Absprachen zwischen KMU sind von den in den EU-Verträgen festgelegten Verboten weitgehend befreit.

Die europäische KMU-Organisation UEAPME begrüßte die Anstrengungen der Kommission, die Unterstützung von KMU durch nationale Regierungen zu vereinfachen. „*Statt unproduktive, nationale Champions zu finanzieren, werden die staatlichen Beihilfen jetzt an kleine, innovative Firmen vergeben und dazu beitragen, dass dieser beträchtliche Teil der Wirtschaft sein Potenzial entwickeln kann*“, sagte Direktor Gerhard Hümer.



- **Die neuen Bestimmungen über staatliche Beihilfen sind sogar noch KMU-freundlicher**

Die staatliche Beihilfepolitik der EU war traditionell sehr vorteilhaft für KMU, wodurch sie in größerem Umfang als Großunternehmen staatliche Unterstützung in Anspruch nehmen konnten. Nach der umfassenden Umsetzung des neuen Aktionsplans der Kommission für staatliche Beihilfen wird die Politik der staatlichen Beihilfen sogar noch KMU-freundlicher.

Erstens wird die Schwelle, bis zu der die staatliche Unterstützung eines KMU als zu klein eingestuft wird, um für die EU-Behörden von Interesse zu sein, im Zeitraum von drei Jahren um 50% auf 150 000 Euro angehoben.

Allgemein sucht die Kommission Möglichkeiten, um die staatlichen Regierungen dazu zu bringen, dass sie ihre finanzielle Intervention im Privatsektor auf die Förderung von Arbeitsplätzen und Wachstum ausrichten.

Nach den neuen Vorschriften für die regionalen Beihilfen können zum Beispiel nationale Regierungen Beihilfen (bis zu 2 Millionen Euro in den ärmsten Regionen) in weniger entwickelten Gebieten gewähren, um Unternehmensgründungen zu fördern. Diese Beihilfen können für die Gründungs- und Expansionsphase von kleinen Unternehmen während der ersten fünf Jahre verwendet werden.

Unterdessen werden neue Vorschriften betreffend staatliche Beihilfen für Forschung, Entwicklung und Innovation ausgearbeitet, um gezielte staatliche Beihilfen für die Förderung von Innovation, Patentanmeldungen und den „Kredit“ hochqualifizierten Personals zu ermöglichen.

Ferner werden die Leitlinien zur begrenzten Nutzung öffentlicher Fördermittel bei der Bereitstellung von Risikokapital flexibler gestaltet, um Investitionen in innovative KMU zu fördern.

Schließlich bemüht sich die Kommission um die Konsolidierung und Erweiterung bestehender Freistellungen von KMU in einem einheitlichen „Freistellungsblock“. Dies wird die Vergabe von Beihilfen an KMU durch die Mitgliedstaaten erleichtern; die Kommission wird diesbezüglich nicht zu benachrichtigen sein.

- **Einreichung von Beschwerden wird leichter**

Um Unternehmen die Meldung einer mutmaßlich rechtswidrigen staatlichen Beihilfe, die ihre Mitbewerber erhalten haben, zu vereinfachen, entwickelte die Kommission ein Beschwerdeformular, das zu einer effizienteren Bearbeitung dieser Beschwerden beitragen dürfte.

Beschwerdeformular: http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/droit_com/index_en.htm

Weitere Informationen über die EU-Wettbewerbspolitik:

http://europa.eu.int/comm/competition/index_de.html

Häufig gestellte Fragen über den „De minimis“-Schwellenwert, bis zu dem staatliche Beihilfen keine Bedrohung für den Wettbewerb darstellen:

<http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/o6/111&format=HTML&aged=o&language=DE&guiLanguage=en>

IHRE IDEEN SCHÜTZEN



© Getty

Viele neue Unternehmen beruhen auf einer neuen Idee, einer raffinierten Erfindung oder einem innovativen Weg zur Vermarktung eines Produkts oder einer Dienstleistung. Nachdem das Unternehmen einmal gegründet und die Idee der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, braucht das Unternehmen einen wirksamen Rechtsschutz für seine kreativen Ideen – das heißt den Schutz seiner geistigen Eigentumsrechte (Intellectual Property Rights – IPR).

Eine Innovation zur Marktreife zu bringen, erfordert Zeit und oft auch bedeutende Investitionen. Ohne rechtlichen Schutz, langfristige Verpflichtungen wie zum Beispiel eine Kreditfinanzierung oder Investition, ist eine Innovation schwierig zu bewerkstelligen.

Und welche Maßnahmen kann ein kleines Unternehmen ergreifen, wenn seine Produkte in einem weit entfernten Land kopiert oder nachgeahmt, nach Europa versandt und dort zu einem Bruchteil des Preises zum Verkauf angeboten werden?

Der Schutz der geistigen Eigentumsrechte ist daher für viele europäische Unternehmen ein entscheidender Wettbewerbsfaktor. KMU befinden sich jedoch angesichts ihrer mangelnden innerbetrieblichen Fachkenntnisse und Humanressourcen in einer ungünstigen Position, um die damit verbundenen komplexen rechtlichen und technischen Themen anzugehen.

„Der jüngste Preis ‚Europäischer Erfinder des Jahres‘ belegte anhand eindrucksvoller Beispiele, wie technische Erfindungen, Patentschutz und Marketingstrategien zugunsten der Wirtschaft erfolgreich interagieren können.“

Günter Verheugen, Vizepräsident und Kommissar für Unternehmen und Industrie.

■ Was unternimmt die EU?

Die Kommission hat sich dieser Herausforderung gestellt und verfolgt das Ziel, die IPR-Kultur in Europa zu verändern. Sie will das Bewusstsein für IPR-Themen schärfen und Unternehmen, insbesondere KMU, dabei unterstützen, ihr geistiges Eigentum optimal zu verwerten, während sie gleichzeitig gegen den Diebstahl von geistigem Eigentum streng vorgehen will.

Die Kommission erkannte, dass ein geeignetes IPR-System, das für Unternehmer erschwinglich ist, zur Stärkung der Innovationsleistung entscheidend ist. So ist weltweit zu beobachten, dass Länder mit hoher Innovationsleistung auch eine große Zahl von Patentanmeldungen vorweisen. Daher gelten IPR als ein Schlüsselement der EU-Initiativen zur Förderung von Wachstum und Arbeitsplätzen.

Die Kommission arbeitet mit der Industrie eng zusammen, um Hindernisse bei der effektiven Nutzung von IPR zu ermitteln, indem gezeigt wird, wo Unternehmen Schwierigkeiten begegnen. Die dadurch gewonnenen Erkenntnisse werden als Grundlage für wirksame Empfehlungen an Politiker zur Verbesserung der staatlichen Maßnahmen dienen. Spezifische IPR-Initiativen werden ergriffen, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu unterstützen, einschließlich des Europäischen Design-Preises und der Schulung in IPR-Fragen.

Starke IPR = gute Innovation

Aus dem Europäischen Innovationsanzeiger 2005 geht hervor, dass Europas Innovationsleistung gegenüber derjenigen der USA und Japans zurückgeht und ein enger Zusammenhang mit der Zahl der Patentanmeldungen besteht. Jedoch gibt es erhebliche Unterschiede innerhalb Europas, denn die führenden Länder schneiden, relativ betrachtet, sogar besser als die USA ab, in denen 2005 insgesamt 33 000 Patente angemeldet wurden: In Deutschland waren es 23 000, in Frankreich 8 034 und in den Niederlanden knapp 7 800. Im Vereinigten Königreich gab es gerade einmal 4 649 Patentanmeldungen. Siehe: www.trendchart.org



IPR-Helpdesk – Schutz von Forschungsergebnissen

Es gibt verschiedene rechtliche Möglichkeiten für den Schutz einer Innovation: Urheberrecht, Patent, Marke oder Gebrauchsmuster. Die Kommission richtete einen IPR-Helpdesk ein, um Unternehmer, insbesondere KMU, die an europäischen Forschungsprojekten teilnehmen, dabei zu unterstützen, das Erforderliche zu verstehen und wirkungsvollen Schutz zum frühest möglichen Zeitpunkt zu erhalten. Diese unabhängige Stelle bietet kostenlos grundlegende Orientierung und Beratung in geistigen Eigentumsfragen.

Die Website umfasst relevante Informationen und Erläuterungen über IPR, mit besonderem Augenmerk auf europäischen Forschungsthemen. Die Rechtsexperten des IPR-Helpdesk beantworten individuelle Rechtsfragen an einer Helpline und prüfen sogar rechtliche Dokumente.

Siehe: www.ipr-helpdesk.org

■ Wann soll ich ein gewerbliches Muster anmelden?

Falls Sie Ihr Muster veröffentlichen oder preisgeben, ist es wichtig, dass Sie ein gewerbliches Muster vor Ablauf eines Jahres nach dem Datum der Veröffentlichung (gleich an welchem Ort) und/oder des Verkaufs (gleich an welchem Ort) der Artikel mit dem Design anmelden.

Versäumen Sie die rechtzeitige Anmeldung, so besteht das Risiko, dass jemand anders das gleiche gewerbliche Muster anmeldet (und einen Prioritätsanspruch erwirkt).

Stärkung der IPR zum Schutz gegen Produktnachahmungen

Fälschungen stellen für europäische Unternehmen ein erhebliches Problem dar und die Stärkung der geistigen Eigentumsrechte in Drittländern ist mehr denn je von entscheidender Bedeutung. Seit 1998 hat sich die Zahl der Beschlagnahmungen durch Zollbehörden um über 1000% vergrößert. Derzeit werden jährlich mehr als 100 Millionen gefälschter und nachgeahmter Produkte beschlagnahmt. Die Fälschungen beschränken sich nicht mehr auf Mode- und Designartikel: Auch Spielzeug, Lebensmittel, Arzneien und elektrische Geräte sind betroffen.

Siehe: http://ec.europa.eu/comm/taxation_customs/customs/customs_controls/counterfeit_piracy/statistics/index_de.htm

Europäischer Erfinder des Jahres

Das Europäische Patentamt und die Kommission trafen sich 2006, um innovative Unternehmen und Personen als europäische Erfinder des Jahres auszuzeichnen. Die Gewinner aus sechs Kategorien nahmen ihre Preise anlässlich einer Konferenz in Brüssel Anfang Mai entgegen.

Siehe: <http://www.european-patent-office.org/index.de.php>

In enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten konzentriert sich die Kommission auf folgende Punkte:

- Verbesserung des Zollüberwachungssystems der EU,
- einen schnellen und zuverlässigen Informationsaustausch zwischen Behörden,
- die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Rechteinhabern und Zollbehörden.

Die Kommission hat vor kurzem strafrechtliche Maßnahmen gegen Verletzungen geistiger Eigentumsrechte vorgeschlagen. Darin sind strenge Strafen für Nachahmungen vorgesehen (bis zu vier Jahren Gefängnis bei kriminellen Geschäften und 300 000 Euro Strafe bei einem Gesundheits- und Sicherheitsrisiko).

Siehe: http://ec.europa.eu/comm/justice_home/fsj/customs/fsj_customs_intro_de.htm

Wie ist es um ein europäisches Patent bestellt?

Die Annahme des Gemeinschaftspatents würde die Kosten der Patentanmeldung reduzieren und die Rechtssicherheit der europäischen Unternehmen allgemein erhöhen. Dies würde sicherlich zu einem besseren Schutz des geistigen Eigentums in Europa beitragen.

Vorschläge für ein solches Gemeinschaftspatent wurden vorgelegt. Die politische Unterstützung für ihre Annahme reichte jedoch noch nicht aus.

Die Kommission initiierte vor kurzem eine Konsultation zum Gemeinschaftspatent und mögliche Alternativen wie die Entwicklung eines Europäischen Übereinkommens über Patentstreitigkeiten oder die bessere Angleichung und gegenseitige Anerkennung von Patenten der Mitgliedstaaten.

Neue Technologie – neue IPR-Themen

Mit der Entwicklung der Satellitenausstrahlung und des Internets entstand eine Vielzahl von Themen bezüglich des Urheberrechtsschutzes in Online-Umgebungen. Neue Internet-basierte Dienst wie Webcasting oder Musik-Downloads auf Bestellung bedürfen einer Genehmigung für die EU-weiten Tätigkeiten. Das Fehlen EU-weiter Urheberrechtsschutzlizenzen ist einer der Faktoren, die dafür verantwortlich sind, dass sich neue Internet-basierte Musikdienste nicht so entwickeln, dass sie ihr Potenzial voll ausschöpfen können. Die Kommission befasste sich eingehend mit diesen Themen und gab Empfehlungen zur Verbesserung der EU-weiten Genehmigung von Urheberrechten für Onlinedienste.

EUROPÄISCHE NORMEN: DIE GEMEINSAME SPRACHE DES HANDELS



Normen sind wichtig, weil sie für Unternehmen einen stabilen Rahmen schaffen, in dem sie arbeiten können und ihre Expansion im Ausland dadurch erleichtert wird. Für Unternehmen leisten Normen – d. h. technische Vorschriften für Waren und Dienstleistungen – einen Beitrag zur Entstehung einer gemeinsamen Sprache des Handels. Sie stellen sicher, dass in verschiedenen Ländern hergestellte Teile kompatibel sind und Netze verknüpft werden können und sie reduzieren zudem die Kosten für Herstellung und Lagerung. Auf staatlicher Ebene tragen Normen dazu bei, beim Erreichen wichtiger Ziele, wie Gesundheitsschutz, Sicherheit und Umwelt den Regulierungsaufwand zu verringern.

■ Wie entstehen Normen?

Normung ist ein freiwilliger Prozess, der auf einem technischen Konsens zwischen verschiedenen Wirtschaftsakteuren beruht – unter Einbeziehung von Industrie, KMU, Verbrauchern, Arbeitnehmern, NRO und öffentlichen Behörden.

Die europäischen Normungsorganisationen, CEN, CENELEC und ETSI, sind neben den nationalen Mitgliedern dieser Organisationen und allen anderen betroffenen oder interessierten Akteuren an der Entwicklung europäischer Normen beteiligt.

Jährlich werden ungefähr 1500 europäische Normen und andere Normungsdokumente durch diesen konsultativen Prozess angenommen.

Die Zahl der Normen im Dienstleistungssektor nimmt zu, und dies ist eine Entwicklung, die für eine große Zahl von KMU besonders wichtig ist.

Es ist wichtig, dass KMU die europäischen und internationalen Normen kennen und sie in ihre Fertigungsspezifikationen übernehmen. Ebenso wichtig ist, dass die Bedürfnisse der KMU und jede mögliche Auswirkung der Normen auf sie bei der Ausarbeitung neuer Normen berücksichtigt werden. Aber wie kann sich gerade ein kleines Unternehmen in diesem Prozess Gehör verschaffen?

„Normen tragen zum Abbau von Handelshürden und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit bei. Europäische Normungsorganisationen leisten einen erheblichen Beitrag zur besseren Regulierung, denn Normen werden in Ko- und Selbstregulierung entwickelt.“
Günter Verheugen, Vizepräsident und Kommissar für Unternehmen und Industrie.

Normen sind wichtig

Der GSM-Standard, den Europa für Mobiltelefone entwickelte, hat sich weltweit durchgesetzt und wird nun von über einer Milliarde Menschen in mehr als 200 Ländern genutzt.



■ Was unternimmt die EU?

Die Kommission leistete finanzielle Unterstützung durch das Europäische Büro des Handwerks und der Klein- und Mittelbetriebe für die Normung (NORMAPME), um die Beteiligung der KMU am Normungsverfahren zu fördern und ihre Kenntnis von Normen im Allgemeinen zu verbessern.

Die Interessen der KMU werden jetzt in den technischen Komitees der europäischen Normungsorganisationen besser vertreten und wahrgenommen. Die Arbeit beinhaltet eine systematischere und nutzerfreundlichere Verbreitung von Informationen über Normen für KMU.

Die Kommission gab außerdem eine Studie in Auftrag, um bewährte Praktiken der Mitgliedstaaten zu sammeln, wie die KMU-Beteiligung im Normungsprozess sichergestellt werden kann und wie Informationen über Normen am besten an KMU weitergegeben werden können.



Spielzeuge mögen eine Freude für Kinder sein, sie können aber auch Kinder verletzen, wenn sie nicht strengen Sicherheitsanforderungen genügen. Während der Gesetzgeber die Hersteller lediglich verpflichtet, nur sichere Produkte auf den Markt zu bringen, hat die Kommission von Herstellern verlangt, einen Schritt weiter zu gehen und gemeinsame Standards für jede Art von Spielzeug festzulegen. Beispielsweise verlangt der Sicherheitsstandard, dass die Augen und die Nasen von Stofftieren wie Teddybären ausreichend fest sitzen müssen, so dass Kinder diese nicht entfernen und verschlucken können. Die Möglichkeit des Einsatzes von Standards und nicht detaillierter Spezialgesetze zeigt das Engagement der Hersteller für die Spielzeugsicherheit, sichert ein hohes Schutzniveau für Kinder, erleichtert Innovation und verhindert unnötige Verwaltungsvorschriften.



Hier finden Sie ausführlichere Informationen über die Maßnahmen der Kommission:

- http://ec.europa.eu/comm/enterprise/standards_policy/index_en.htm
und über die Maßnahmen zur KMU-Unterstützung:
<http://ec.europa.eu/comm/enterprise/entrepreneurship/craft/craft-priorities/craft-standardisation.htm>
- Link zu Websites der europäischen Normungsorganisationen:
CEN <http://www.cenorm.be>
CENELEC <http://www.cenelec.org>
ETSI <http://www.etsi.org>
- Europäisches Büro des Handwerks und der Klein- und Mittelbetriebe für die Normung:
<http://www.normapme.com>

UMFANGREICHE FINANZIERUNG FÜR KMU



KMU sind das Rückgrat der europäischen Wirtschaft. Sie bergen das größte Potenzial für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum. Daher gibt die Europäische Kommission Milliarden von Euro für Maßnahmen und Instrumente aus, um den Zugang der KMU zu Finanzierungen und Innovationen zu verbessern, sowie für regionale Initiativen mit dem Ziel, unternehmerisches Potenzial freizusetzen.

■ MAP und WI-RPCIP: Das Umfeld für KMU verbessern

Von 2001-2006 war die wichtigste KMU-Politik der Kommission das „Mehrjahresprogramm für Unternehmen und unternehmerische Initiative“ (MAP). Bis Ende 2006 werden 510 Millionen Euro für MAP-Bürgschaften und -Investitionen ausgegeben, um das finanzielle Umfeld für KMU zu verbessern und ihre Chancen, Investitionen zu gewinnen, zu erhöhen. Die sonstigen MAP-Finanzmittel dienen zwei weiteren Aktionen: Die Erste davon betrifft die Unterhaltung und der Erweiterung unseres Netzwerkes der Euro-Info-Zentren, die Beratungs- und Unterstützungsleistungen für KMU leisten und KMU dabei unterstützen, die neue Möglichkeiten, die durch die EU-Politiken und den Binnenmarkt mit 450 Millionen Verbrauchern entstehen, optimal zu nutzen. Durch die zweite Aktion, die sich aus Forschungsinitiativen und -maßnahmen zusammensetzt, werden die Regierungen der Mitgliedstaaten und andere Schlüsselakteure ermutigt, sich bei den Bemühungen der EU um eine Verbesserung der finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen für KMU anzuschließen ihrerseits aktiv zu werden und eine Unternehmerrkultur zu erzeugen.

Ab 2007 wird das MAP durch das Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (WI-RPCIP) ersetzt, das bis 2013 laufen wird. Im Rahmen des WI-RPCIP werden die KMU-Finanzierungsmöglichkeiten für KMU erheblich zunehmen und das Maßnahmen- und Instrumentenpaket wird wesentlich verbessert. Bis 2013 wird die Generaldirektion Unternehmen und Industrie der EU-Kommission im Rahmen des WI-RPCIP für KMU 60% mehr ausgeben, als dies 2006 unter dem MAP der Fall war.

Peter S. ist ein junger Zimmermann aus Österreich. Er träumt von der Gründung seines eigenen Unternehmens und will unbedingt die Firma seines Arbeitgebers, Alexander W., übernehmen, der in Ruhestand gehen will, aber keine Verwandten hat, die sich für sein Unternehmen interessieren. Obwohl Peter S. etwas Geld (40 000 Euro) gespart hat, reicht dieser Betrag für den Kauf des Betriebs (200 000 Euro) nicht aus. Daher wendet er sich an AWS, einen österreichischen Finanzmittler. Mit einer 80%-igen Bürgschaft durch AWS gibt ihm seine Bank einen Kredit in Höhe von 160 000 Euro und ermöglicht so den Kauf der Firma. Innerhalb von 5 Jahren verzeichnet das Unternehmen ein bedeutendes Wachstum. Die Zahl der Mitarbeiter vergrößert sich 2006 von 8 auf 12. Die Kommission ermöglicht diesen Erfolg durch ihre SME Guarantee Facility (Bürgschaften für KMU).

http://europa.eu.int/comm/enterprise/entrepreneurship/financing/debt_hybrid_sme_guarantee_facility.htm

Der Grundpfeiler des WI-RPCIP ist das so genannte „Unternehmertum- und Innovationsprogramm“, für welches 94% der Finanzierung dieser Dimension – ungefähr 2 Milliarden Euro – werden zur Unterstützung von KMU verwendet werden sollen. Über die Hälfte dieser Finanzmittel werden aufgewendet, um den Zugang der KMU zu den Finanzierungen zu verbessern.

Der zweite Pfeiler des WI-RPCIP zielt auf eine verbesserte Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien ab und 90% davon dienen der Unterstützung von KMU. Mit der dritten Komponente des WI-RPCIP sollen schließlich europäische Unternehmen bei der intelligenteren Nutzung von Energie gefördert werden. 70% der Finanzmittel dieses Pfeilers werden für KMU bereitgestellt.

Insgesamt sind ungefähr 90% des Milliardenbudgets des WI-RPCIP (2007-2013) für die Unterstützung von KMU vorgesehen.

MAP: http://europa.eu/comm/enterprise/enterprise_policy/mult_entr_programme/programme_2001_2005.htm

CIP: http://europa.eu/comm/enterprise/enterprise_policy/cip/index_de.htm

■ Förderung der Regionen durch „Strukturfonds“

Ein großer Teil der EU-Unterstützung für KMU stammt aus regionalen Entwicklungsfonds: Bis zum Ende des Zeitraums 2000-2006 werden aus diesen Entwicklungsfonds 21 Milliarden Euro für Initiativen zur Unterstützung von KMU ausgegeben. Von 1989 bis 1999 wurden aus regionalen Entwicklungsfonds der EU 1,5 Millionen bzw. 8% der KMU in Europa unterstützt. Dadurch wurden ungefähr 2 Millionen Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert. Die regionalen Entwicklungsfonds richten sich in erster Linie an die ärmeren Regionen in der EU und werden von den nationalen Regierungen verwaltet.

Die regionale Entwicklungsfinanzierung für KMU konzentriert sich hauptsächlich auf die Gründungs- und Wachstumsphasen kleinerer Unternehmen und die Förderung von Unternehmensneugründungen durch Unterstützung in Bereichen wie Ausbildung, technologischer Entwicklung, Innovationsfinanzierung sowie KMU-Clustering/Networking.

Im Einklang mit den ehrgeizigen Beschäftigungs- und Wachstumszielen der Kommission wird sich der Zyklus von 2007-2013 der regionalen Entwicklungsausgaben auf Maßnahmen konzentrieren, die zur Förderung von unternehmerischer Initiative und Innovation in KMU beitragen sollen.



„Wie kann gute Kooperation Absatzmärkte für KMU erweitern“

Ein Projekt in der belgischen Region Kempen ist symbolisch dafür, wie regionale Entwicklungsfonds zur Unterstützung von KMU eingesetzt werden können. Mit einem finanziellen Beitrag der EU rief die Handelskammer von Kempen ein Projekt ins Leben, das örtliche KMU zur Zusammenarbeit ermutigt, um den Export einiger ihrer Produkte zu organisieren. Nachdem eine Reihe geeigneter KMU nach einer Sensibilisierungskampagne in den lokalen Medien einbezogen wurden, erhielten die Unternehmen ein Paket aus individueller Beratung und Unterstützung. Ein kundenspezifischer Business-Plan für den Export wurde entwickelt, es wurden Marktuntersuchungen durchgeführt und auf Exportmessen wurde gemeinsam geworben. Die Zahl der Mitglieder vergrößerte sich von 125 Unternehmen am Ende des ersten Jahres auf 393 Unternehmen drei Jahre später. Die meisten dieser Unternehmen waren Kleinbetriebe mit höchstens 50 Mitarbeitern.

Zusätzliche Informationen über die regionale Entwicklungshilfe, die auch unter dem Begriff „Strukturfonds“ bekannt sind, finden Sie unter: http://ec.europa.eu/regional_policy/index_de.htm

Weitere Erfolgsgeschichten sind hier zu finden:

http://europa.eu.int/comm/regional_policy/projects/stories/search.cfm?LAN=DE&pay=ALL®ion=ALL&the=6

■ Forschung und Entwicklung

Von 2002-2006 stellte die Europäische Kommission 2,2 Milliarden Euro ihrer Finanzmittel für Forschung und Entwicklung (F&E) zur Unterstützung europäischer KMU bereit.

2007 wird ein verbessertes Maßnahmenpaket mit einem erheblich größeren Budget eingeführt.

Im Zeitraum 2007-2013 werden davon ungefähr 5 Milliarden Euro für die Unterstützung von KMU ausgegeben. Die betreffenden Maßnahmen zielen darauf ab, durch eine enge und strukturierte Zusammenarbeit Innovationen in großem Maße zu fördern.

Durch ihre Verpflichtung „Zuerst in KMU-Dimensionen denken“ hat die Kommission außerdem ihre (internen) Verfahren vereinfacht und sie flexibler gestaltet, um es für KMU schneller zu ermöglichen, aus den Angeboten das Optimale herauszuholen. So wurde zum Beispiel das Verfahren für die Auswahl von Unternehmen bei der Teilnahme an einem gemeinsamen Forschungsprogramm erheblich vereinfacht. Und wenn ein solches Programm einmal Früchte trägt, wird es auch für die Unternehmen dank flexiblerer Vorschriften für den Zugang und die Verbreitung einfacher sein, unmittelbaren Nutzen aus den Ergebnissen zu ziehen.



„Grenzüberschreitender KMU-Verbund nimmt es mit großen Fahrzeugherstellern auf“

Der Fahrzeugbau verteilt sich auf einige wenige multinationale Konzerne: Ist da noch Platz für andere? Eine Gruppe französischer und italienischer Spezialisten setzte diesen Gedanken in die Praxis um, indem sie die sich mit französischen und deutschen Forschern und sowie einem britischen Stahlerzeuger zusammenschlossen, um eine Reihe von Standardfahrgestellen und Aufbauteilen zu entwickeln, die für den Bau verschiedener Fahrzeugtypen verwendet werden können. Dieses System erwies sich als erfolgreich und bot KMU die Möglichkeit, Spezialfahrzeuge in kleinen Stückzahlen zu wettbewerbsfähigen Preisen herzustellen.

Hier erfahren Sie mehr über die Forschungsfinanzierung der EU:

<http://cordis.europa.eu/en/sitemap.htm#eu-research>